

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Parlament

Bern, 31. März 2025 / cts
VL_Blackout_d

Elektronischer Versand: gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»: Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Stromversorgung der Schweiz steht vor grossen Herausforderungen. Gemäss Zahlen der ETH steigt der Strombedarf der Schweiz kontinuierlich von heute rund 60 Terawattstunden (TWh) auf geschätzte 90 TWh im Jahr 2050. Mit dem steigenden Strombedarf und der bevorstehenden Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke entsteht eine Stromlücke von voraussichtlich rund 50 TWh. Darauf muss entschieden reagiert werden, denn die Schweiz und ihre Industrie sind auf eine sichere und kostengünstige Stromversorgung angewiesen.

Der schleppende Zubau, die mangelnde Bandenergie für die Wintermonate und das fehlende Stromabkommen bereiten der FDP Sorgen. Die Gefahr von teuren Stromausfällen ist trotz grosser Anstrengungen im Parlament und dem Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien nicht gebannt. Dass die Schweiz nach wie vor mit einem grossen Stromausfall rechnen muss, ist auf Fehler in der Energiestrategie 2050 zurückzuführen. Diese wurde unter falschen Annahmen erarbeitet und ist deshalb nicht geeignet, die zukünftige Stromversorgung sicherzustellen. Der zusätzliche Strombedarf wurde negiert und die möglichen Sparmassnahmen wurden stark überschätzt.

Ein Fehler dieser Strategie kann nun korrigiert werden. Die FDP begrüsst deshalb die Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle» in der vorliegenden Form vollumfänglich. Dank diesem Gegenvorschlag kann die Schweiz ihre Weichen für die Energiezukunft wieder technologieneutral stellen und sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft orientieren. Zudem können in den noch bestehenden Kernkraftwerken weiterhin Fachkräfte ausgebildet werden und die Grundlagenforschung wird nicht behindert.

Dennoch sind auch in Zukunft grosse Anstrengungen nötig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Winterstromlücke wird auch mit diesem Gegenvorschlag nicht geschlossen. Sollen die vom Volk beschlossenen Klimaziele, zu denen sich die Schweiz auch international verpflichtet hat, erreicht werden, braucht es emissionsarme Grosskraftwerke für Bandenergie im Winter. Hier müssen schnellstmöglich Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Investitionen in die entsprechende Infrastruktur - unabhängig von der Technologie - getätigt werden. Die FDP erwartet, dass der Bundesrat im Rahmen der Beantwortung des Postulats

Burkart «Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke ermöglichen» Möglichkeiten in diese Richtung aufzeigen wird.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer